

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

### Peru 2022

Das peruanische Justizministerium hatte 2021 zwar einen intersektoralen Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern verabschiedet. Trotzdem wurden 2022 aber mindestens 6 weitere Menschenrechtsverteidiger getötet. Die höchsten Gefahren für Menschenrechtsverteidiger in Peru gehen vom Drogenhandel und illegalen Abholzungen aus.

Nach wie vor besteht in Peru weitgehend Straflosigkeit bei exzessiver Gewaltanwendung von Sicherheitskräften. Während der Demonstrationen gegen die Amtsenthebung des linken Präsidenten Pedro Castillo durch den peruanischen Kongress im Dezember 2022 wurden mindestens 49 Demonstranten getötet und Hunderte verletzt. Die Sicherheitskräfte setzten dabei Sturmgewehre mit entsprechender Munition ein, was nach internationalen Standards bei Demonstrationen verboten ist. Das rücksichtslose Vorgehen der Sicherheitskräfte diente nicht in erster Linie der Herstellung der Ordnung, sondern der Ruhigstellung und Bestrafung der Protestierenden. Schwerpunkt dieser exzessiven Gewaltanwendung waren Landesteile außerhalb der Hauptstadt Lima, die von indigener Bevölkerung bewohnt sind. Somit ergibt sich ein rassistischer Bias gegenüber der Urbevölkerung. Obwohl einige Staatsanwälte einzelne Fälle zügig und gründlich untersucht haben, trifft dies für die große Mehrheit der Fälle nicht zu.

Das gerichtliche Verfahren zur Verfolgung von Dutzenden systematischer Vergewaltigungen von Frauen durch das peruanische Militär zwischen 1984 und 1995 wurde wieder aufgenommen, so dass eine gewisse Hoffnung besteht, dass für die Opfer nach Jahrzehnten juristische Anerkennung und Entschädigung erfolgt.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/peru-2022>

<https://www.amnesty.org/en/location/americas/south-america/peru/report-peru/>